

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 24, Memeler Str. 8/9
Herausgeber: Rönigkstr. 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphische Adressen: Textilpraxis Berlin

Verzinst sich Ihr nichts — Vereintigt alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Anzeigen- und Verbandshefte sind an Otto Behm & Co., Berlin D 24
Memeler Straße 8/9 (Bolschewikstr. 5356), zu richten. — Bezugs-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 RM.
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreizehnpetige Zeile.

Die Textilarbeitgeber für die soziale Reaktion.

In Bremen tagte am 3. Juni die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung des „Arbeitgeberverbandes der Deutschen Textilindustrie“, über die wir der „Textilzeitung“, Nr. 128, vom 5. Juni, folgenden Bericht entnehmen:

In Bremen tagte die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Textilindustrie, die nach einer vorangegangenen vertraulichen Beratung von dem ersten Vorsitzenden des Verbandes, Fabrikdirektor Rister-Wiesefeld, mit einer Begrüßungsansprache eröffnet wurde, in der er darauf hinwies, welche engen Beziehungen die Textilindustrie gerade mit der Tagungsstadt Bremen verbindet. Der Redner begrüßte besonders die erschienenen Vertreter der Behörden, Kammern und Verbände und den Senior des Bremischen Arbeitgeberverbandes, Herrn Direktor Hafemann von der „Südspinnerei und Weberei Bremen“. Er gedachte dann des verstorbenen ersten Vorsitzenden des Spitzenverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände, zu dessen Ehrentage sich die Anwesenden von den Pflügen erhoben und des ausgeschiedenen zweiten Verbandsvorsitzenden, des Herrn Ephraim, der zum Ehrenvorsitzenden ernannt wurde. Herr Rister ging dann auf die Arbeit des Verbandes ein und zollte besonders Dank dem auf der vorigen Tagung ins Leben gerufenen Arbeitsausschuß, der unter Leitung von Herrn Dr. Klaus gut gearbeitet habe.

Zur Werksgemeinschaft

nehme der Ausschuss im allgemeinen eine befürwortende Stellung ein. In einer Denkschrift zur Beschäftigung der schwangeren Frau und zum Arbeitsschutzgesetz habe man auf die Untragbarkeit neuer Lasten für die Textilindustrie hingewiesen. Abzuwehren sei die gerade in Bremen wieder akute Berufsschulpflicht für alle Arten von Arbeiter, während man dem in Bremen ja bereits verwirklichten Pflichtfortbildungsjahr für die weiblichen Arbeiter zustimmen könne. In der Praxis undurchführbar seien die Forderungen der Jugendvereine, wonach den Jugendlichen Ferien bis zu vier Wochen unter Fortzahlung des Gehalts gewährt werden sollen. In der Erwerbslosenfrage, deren Bedeutung für unser Wirtschaftsleben keineswegs verkannt werde, lehne man die Fürsorge zwar nicht grundsätzlich ab, wende sich aber gegen jede Unterfütterung, durch die der Zwang zur Arbeit aufgehoben werde. Zur Lösung aller dieser Fragen sei einmütiges Zusammengehen der Arbeitgeber und ihrer Verbände erforderlich. Nach diesen beifällig aufgenommenen Ausführungen erstattete der Verbandsgeschäftsführer Dr. Klaus den Geschäftsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, aus dem hervorgeht, daß der Verband 34 Mitglieder mit 74 Unterverbänden und rund 5000 Firmen mit 700000 Arbeitern umfaßt. Von den weiteren Ausführungen des Herrn Dr. Klaus dürfte besonders interessieren, daß der Verband

Gegner jeder zentralen Regelung der Arbeitsbedingungen

ist. Das Lohnniveau sei im Durchschnitt höher als vor dem Kriege. Bei der an sich zu begrüßenden Rationalisierung müßten Ueberflüssigkeiten vermieden werden, bei sozialpolitischen Forderungen dürfe die Frage ihrer Durchführbarkeit nie unbeachtet bleiben. Die Durchführung des Achtstundentages fehlerhaft infolge der Anforderungen der Mode in der Textilindustrie schon an der Saisonarbeit. Mit den Textilarbeiterverbänden bemühe sich der Arbeitgeberverband, nach Möglichkeit zusammenzuarbeiten. Nach diesen Ausführungen referierte Herr Dr. Horst von der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei Bremen in anregender Weise und an Hand von Lichtbildern über das Problem der Leistungsentlohnung.

Mit der Vorführung der auf der „Gesolei“ gehaltenen Textiltirme des Arbeitgeberverbandes und einem gemeinsamen Essen schloß die beachtenswerte Tagung.

Der Bericht läßt erkennen, daß sich die Tagung der Textilarbeitgeber durchaus im sozialreaktionären Fahrwasser bewegte. Die Textilarbeitgeber bekennen sich öffentlich als Protektoren der Werksgemeinschaften, jener gelben Sumpfpflanzen, die angeblich „wahrhaft nationale Arbeiterpolitik“ zu treiben; in Wirklichkeit sind sie jedoch Schutztruppen des Kapitals, dafür liefert diese Tagung einen neuen Beweis. — In der Frage des hochwichtigen Schwangerschutzgesetzes verfallt man auf das alte, bis zum Ueberdruß gehörte Argument der „Untragbarkeit neuer Lasten für die Textilindustrie“. Auch in der Jugendschutz- und Jugendfortbildungsforderung wird der gleiche reaktionäre Standpunkt vertreten. Die Jugendlichen haben ja auch Ferien nicht so nötig; viel wichtiger ist es, daß die Herren Aktionäre alljährlich ihre „angemessene“ Dividende und die Herren Direktoren und Aufsichtsräte ihre „auskömmlichen“ Gehälter und Lantien erhalten. Außerdem ist für diese Herren eine Sommerreise viel, viel nötiger, als für die ausgemergelten Proletarierkinder.

In der Erwerbslosenfürsorge wird die Fürsorge zwar nicht grundsätzlich abgelehnt, man wendet sich aber gegen jede Unterfütterung, durch die der Zwang zur Arbeit aufgehoben wird. Mit anderen Worten heißt das: die Erwerbslosenunterstützung ist zu hoch, weil durch sie die Arbeitslosen von dem Zwang befreit werden, Arbeit um jeden Preis zu suchen, weil durch die Unterstützung die Erwerbslosen für die Unternehmer nicht mehr das willenlose Ausbeutungsobjekt sind, das sie ihnen früher waren.

Zur Frage der Arbeitszeit wird der alte, unhaltbare Standpunkt vertreten: „Die Durchführung des Achtstundentages scheitert infolge der Anforderungen der Mode in der Textilindustrie schon an der Saisonarbeit.“ Einmal ist es grundsätzlich, die ganze Textilindustrie als Saisonindustrie anzusprechen, dann aber ist auch der Achtstundentag absolut kein Hindernis für die Saisonarbeit, weil bei der bekannten Bereitwilligkeit der Gewerkschaften zur Ueberstundenarbeit in dringenden Fällen auch die Anforderungen der Saisonarbeit leicht bewältigt werden können. Aber man braucht eben einen Grund zur Ablehnung, und da glaubt man jedenfalls daß ein schlechtes Argument immer noch besser ist, als gar keines.

Interessant ist es auch, daß der bekannte Scharfmacher Dr. Horst von der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei über das „Problem der Leistungsentlohnung“ referierte. Zwar wird über seine Ausführungen selbst nichts berichtet, aber wir kennen die brutalen Methoden eines Dr. Horst zur Genüge und warnen die deutschen Textilarbeitgeber, die Methoden, die Herr Dr. Horst in den Betrieben der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei zur Durchführung zu bringen versucht, auch bei ihnen einzuführen. Sie werden dabei auf den ehernen Widerstand aller organisierten Textilarbeiter stoßen.

Den Textilarbeitern sind aus diesen Ausführungen die Absichten der Arbeitgeber bekannt geworden. Sie wissen, daß die Textilarbeitgeber ihre Absichten auch zur Durchführung bringen, wenn sie die Macht dazu haben. Diese Macht haben sie nur dann, wenn ihrer geschlossenen Front — mit wenigen Ausnahmen sind sämtliche Textilunternehmer im „Arbeitgeberverband der Deutschen Textilindustrie“ organisiert — eine zersplitterte und unelneige Arbeiterkraft gegenübersteht. Darum, Textilarbeiter und -arbeiterinnen: Schließt die Reihen! Der Einheitsverband aller deutschen Textilarbeiter ist der Deutsche Textilarbeiterverband.

Zum Wohle der Allgemeinheit!

Bei der Beratung des Gesetzesentwurfes zur Entlohnung der Fürstenerbvermögen erklärten die Vertreter der Rechtsparteien, das Gesetz sei nur geeignet,

„die Begehrlichkeit der breiten Volksmassen zu erregen“.

Was sagt nun dieses Gesetz, das jetzt dem Volksentscheid unterliegt, über die Verwendung der zu enteignenden Fürstenerbvermögen? Hier ist der Wortlaut:

1. Das Kapitalvermögen wird zur Erhöhung der Fürsorgeleistungen für Hilfsbedürftige, besonders für Kriegsgeschädigte und Kriegshinterbliebene, verwendet.
2. Die landwirtschaftlichen Güter werden zur Linderung der Landnot kleiner Bauern, Pächter und Landarbeiter verwendet.
3. Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude werden für allgemeine Wohlfahrts- und Erziehungszwecke, insbesondere zur Errichtung von Genuß- und Verforgungshäusern für Kriegsgeschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner, sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet.

Es handelt sich um mehrere Hunderte von Schlössern, Wohnhäusern, Villen und Gütern in den herrlichsten Gegenden Deutschlands, die heute zum allgeröchelten Teil leer stehen.

Die Begehrlichkeit der Massen soll geweckt werden, wenn diese Besitzungen für die Kernsten des Volkes nutzbar gemacht werden, wie es der Gesetzesentwurf will?

Nein, nicht die Begehrlichkeit der Massen soll geweckt, sondern

der sinnlose Eigennutz der früheren Fürsten zurückgedrängt werden.

Diesem Ziele dient der Volksentscheid!

Ursache, Bedeutung und Ausbau der Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen (Gesolei).

(Unter besonderer Berücksichtigung der Beteiligung der proletarischen Organisationen und des Deutschen Textilarbeiterverbandes)
(Vortrag von G. Schreiner auf der Beiratsitzung in Düsseldorf am 28. und 29. Mai 1926.)

Nur wenn man die augenblickliche Situation der deutschen Wirtschaft nicht klar erkannt hat, kann man darüber staunen oder es gar unverständlich finden, daß in den Zeiten schwerster wirtschaftlicher Depression und ungeheuren Massenelends infolge des Krieges, der Inflation und Deflation, die Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen stattfindet. Just auf demselben Gelände, auf dem die deutsche Industrie auf dem Höhepunkt ihrer letzten Konjunkturperiode im Jahre 1902 ihre glanzvolle Macht auf der großen internationalen Quadratausstellung entfaltete, hat die „Gesolei“ auf einem 400 000 Quadratmeter großen Ausstellungs-gelände mit rund 120 000 Quadratmeter überdachten Ausstellungs-bauten ihre Pforten eröffnet.

Rhythmus der Ausstellungsfolge und Gegenstand der Ausstellung zwingen zur Analyse der Ursache, der Bedeutung und des Aufbaues der Ausstellung. Nachdem bereits die Vorarbeiten für die „Gesolei“ im Gange waren, erschien die Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums vom 5. Dezember 1925 über die Sozialversicherung. Nach einer Charakterisierung des Ministerialrats Dr. Richter reden die Ziffern dieser Denkschrift eine deutliche Sprache. Sie weisen überzeugend nach, daß der Wiederaufbau Deutschlands zuerst beim Menschen beginnen muß. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands könne nur dann mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden, wenn die tatsächliche Leistungsfähigkeit des einzelnen wie des Ganzen erhöht wird. Abschließend, nur deutlicher Hang es aus der Rede des Industriellen Ernst Poensgen, der dem Ausstellungsvorstand angehört. Poensgen führte in seiner Rede, die er zur Eröffnung der „Gesolei“ hielt, aus, daß die deutsche

Wirtschaft nicht mehr die Kosten der Sozial- und Unfallversicherung tragen kann, weil sie unproduktiv sind, und daß die Ausstellung den Zweck verfolgt, die Kosten für die sozialen Versicherungen durch Belehrung weitester Volksteile, Schulung der beamteten und freier Funktionäre der Gesundheitspflege und sozialen Fürsorge usw. herabzumindern, d. h. die Gelder produktiv anzulegen.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 21. Mai d. J. schreibt Professor Rott-Berlin in einem Artikel:

„Was ist Gesundheitsfürsorge? Drei Dinge sind es, die das Wohlbefinden des Menschen ausmachen: die körperliche Gesundheit, die geistige und seelische Befriedigung und das wirtschaftliche Auskommen. Jeder Mensch bedarf zum Leben dieser Dinge. Kann er das Maximum nicht aus eigenen Mitteln sich verschaffen, dann wird er öffentlicher Hilfe bedürftig. Dafür ist geschaffen worden die soziale Fürsorge. Auf gesundheitlichem Gebiete ist es die Gesundheitsfürsorge, auf geistigem und seelischem die Bildungs- und Erziehungsfürsorge. Diese drei Gebiete greifen ständig ineinander und sind aufeinander angewiesen. Der Gesundheitsfürsorge kommt nach insoweit eine besondere Bedeutung zu, als sie so oft der Erziehungsfürsorge vorarbeitet, ja ihr oft helfend zur Seite stehen muß. Gesundheitschäden haben öfter den wirtschaftlichen Verfall zur Folge. So ist die Gesundheitsfürsorge in vielen Fällen die Vorbedingung wirtschaftlicher Maßnahmen. Und schließlich wird die Gesundheitsfürsorge vorbeugend angewendet zur Vermeidung wirtschaftlicher Belastung der Allgemeinheit.“

Aus all diesen Ausführungen klingt nach Jahrzehnten rücksichtslossten und anarchischsten Raubbaues der menschlichen Arbeitskraft, die nur durch das energische Drängen der freien Gewerkschaften und der Vertreter der Arbeiter in den Parlamenten auf gesetzliche Regelung des Arbeiterrechtes und der sozialen Fürsorge eingebremst wurde, der Schrei nach Mensch und Demokratie. Fast hat es den Anschein, als ob es langsam dem Unternehmertum dünnete, daß der Begriff Arbeitnehmer eigentlich nicht auf den Arbeiter, sondern auf den Unternehmer anzuwenden ist. Der Arbeiter ist der produktiv Schaffende, der Unternehmer nimmt die Arbeit des Arbeiter ob und ist, logisch gesehen, eigentlich der Arbeitnehmer. Es hat auch den Anschein, als ob dem Unternehmertum diese ihm neue Erkenntnis komme. Geht man durch die Reihen der sogenannten „Dinta“ des „Deutschen Instituts für technische Arbeitsausbildung“, so wird einem klar, daß das Unternehmertum durchaus keine Situation erkennt. Es will sich im werkspolitischen Sinne des arbeitenden Menschen annehmen. Durch Auslese, Schulung und Erziehung soll ein Facharbeiternachwuchs geschaffen werden. Es will durch eine systematisch betriebene Betriebswohlfahrt den arbeitenden Menschen an den Betrieb fesseln.

In einer Reihe werden Werkschulen gezeigt, die, im Gegensatz zu den staatlichen und kommunalen Fachschulen, von den Werken ins Leben gerufen sind. Es wird gezeigt, daß Lehrlinge obligatorisch an Spielen und sportlichen Veranstaltungen teilnehmen müssen, daß sie die Werkskino zu besuchen und die Wanderausfahrten der Werks-Wandervereine mitzumachen haben. Diese sogenannte Betriebswohlfahrt erstreckt sich aber nicht nur auf die betriebsständigen Arbeiter, sondern sie greift bis in die Familie hinein. Man weiß, daß in der Familie die Beeinflussung am leichtesten ist. Sucht man nach den Grundgedanken, der durch die Ausstellung zum Ausdruck kommt, so findet man, daß mit der „Dinta“-Bewegung die Industrie dazu übergeht, sich in dem sozialen Kräftefeld in der von der staatlichen Regelung nicht ergriffenen Sphäre der Gewerkschaften an die Seite zu stellen. Noch einfacher ausgedrückt heißt das: Systematische Erziehung des Arbeiters von seiner frühesten Lehrzeit an, um ihn den Einflüssen der staatlichen Berufsschulen und der Gewerkschaften durch Schaffung von unternehmerfreundlichen Werksgemeinschaften zu entziehen.

Wenn wir fragen, warum gerade in dieser Zeit der wirtschaftlichen Depression der Schrei nach Mensch und Demokratie ertönt, so müssen wir zunächst einen kleinen Rückblick halten. Vor dem Kriege lag die Bedeutung und die Vormachtstellung der deutschen Produkte auf dem Weltmarkt in ihrer Qualität. Die durch die Klima- und Bodenverhältnisse bedingte Benachteiligung Deutschlands auf dem Gebiete der Rohstoffgewinnung wurde wettgemacht durch qualifizierte Verarbeitung der importierten Rohstoffe zur exportfähigen Fertigung. Krieg, Inflation und Deflation haben die Vormachtstellung gebrochen, der rücksichtslose Händlertgeist der Inflation, dem es nur auf Produktion und nicht auf Verbesserung der Maschinen, der Arbeitsmethoden und der wissenschaftlichen Durchforschung der Arbeitsgebiete ankam, verhinderte das nachzuholen, was im Kriege unmöglich war. Die vollkommene Desorganisation der deutschen Industrie beschleunigte und bedingte die ungeheure Depression, in der sie sich befindet. Will sie diese Depression überwinden, so muß sie sich neu organisieren. Sie muß sich umstellen, muß die verarbeiteten Maschinen und Arbeitsmethoden einführen und muß vor allem Mensch und Demokratie treiben. Denn ein Fortschritt kann nur durchgeführt werden mit körperlich und geistig getauenden Arbeitern. Deswegen gibt sich die deutsche Industrie den Ansprüchen der Humanität. Deswegen sucht sie im Augenblick unter der Maske der Humanität den Arbeiter von der Frage abzulenken, wie er teilnehmen kann an den Früchten der gesteigerten Produktion, die erreicht wird durch die Einführung der neuen Arbeitsmethoden. Deshalb kommt sie ihm unter der Maske des seelischen und körperlichen Wastes, damit der Arbeiter die wirtschaftliche Situation nicht klar erkennen soll.

Hier liegen die Ursachen der Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen und gleichzeitig ihre Bedeutung. Hieraus und aus dem Kräfteverhältnis zwischen Unternehmertum einerseits und Arbeiter- und Anstellerschaft andererseits ergibt sich ihr Aufbau. Ihre Bedeutung liegt vor allem darin, daß sie den Ansatz zu einer neuen Epoche des Unternehmertums bildet, die der Arbeiterschaft und nicht zuletzt den Gewerkschaften gefährlich werden kann, wenn diese nicht die veränderte Lage des Unternehmertums erkennen und Gegenmaßnahmen ergreifen.

Es war deshalb ein glücklicher Gedanke, daß sich die Gewerkschaften und die Arbeiterwohlfahrt an der Ausstellung beteiligten, wenn sie auch naturgemäß bei der heutigen Kräfteverteilung in Verhältnissen zur Gegenpartei nur schwach vertreten sind. Von jeher hat das Unternehmertum unter rücksichtsloser Ausnutzung seiner Machtstellung es verstanden, den größten Teil der sozialen Lasten auf Staat und Kommune, d. h. auf das Gros der Bevölkerung, das Proletariat, abzuwälzen und Staat und Kommune zu dem Ausführer seines Willens zu machen. Die zahlreichen Ausstellungen der Unternehmerverbände auf der „Gesolei“ geben also durchaus kein lauchliches Bild. Wie entscheidend aber selbst die kleinste Statistik der Gewerkschaften das Bild beeinflussen kann, zeigt sich, um ein Beispiel zu nennen, in der Halle 37, in der ein Ueberblick über Gemeindegewinn gegeben wird. Dort hängt in dem Ausstellungssaal der Unternehmer ein Schild mit der Aufschrift: „Der Feind des Arbeiters sind die Unfälle.“ Es folgen dann eine Reihe Plakate, die die Unfallversicherung propagieren. Auf einem zweiten Schild steht: „60 Proz. sämtlicher Un-

Inhalt. Die Textilarbeitgeber für die soziale Reaktion. — Zum Wohle der Allgemeinheit! — Ursache, Bedeutung und Ausbau der Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibeshilfen (Geselle). — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Mai 1926. — Die Lohnverhandlungen in der bayerischen Textilindustrie. — Die Umstellung der Gewerkschaften. — Frauen- und Ferienvertragsbedingungen. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsbeilage: Dem Volk das Geld (Gedicht). — Statistisches zur Fürstenabfindung.

fälle sind auf menschliche Eigenschaften zurückzuführen! Es wird aber nicht gesagt, was das für Eigenschaften sind. Die meisten Besucher werden denken, daß die Unfälle auf die Unvorsichtigkeit der Arbeiter zurückzuführen sind. Das dem jedoch nicht so ist, zeigen die Kopie der Gewerkschaften.

In der Kopie für Bauarbeiter ist aus interessanten Tabellen ersichtlich, wie sich die Unfälle auf die Tagesstunden verteilen. Wir lesen da, daß 9,6 Proz. der Unfälle auf die erste Stunde der Tagesarbeit, 12,6 Proz. auf die 4. und auf die 7. Arbeitsstunde 13,5 Proz. entfallen. Die Verteilung der Unfälle auf die Arbeitstage ist folgende: Auf den Montag entfallen 11,1 Proz., auf den Mittwoch 15,4 Proz. und auf den Freitag 26,8 Proz. der Unfälle. Solche Zahlen, die rein sachlich und wissenschaftlich einen Ueberblick geben, zeigen, daß die „menschlichen Eigenschaften“, die die Unfälle verursachen, irgend wie mit Arbeitszeit, Lohn und Arbeitsbedingungen zusammenhängen, wozu aber die Unternehmer nichts berichten.

Die Kopie der deutschen Textilindustrie (Seite 37) zeigt wiederum nur einige Plakate, die Hinweise zur Verhütung von Unfällen usw. enthalten. Es werden Maschinen gezeigt, die besser sind als die vom Jahre 1880. Den Abschluß dieser Ausstellung bildet die Firma Ulrich Gminder in Gminderdorf. Durch ein Diorama zeigt sie dem Besucher, was für schöne Verhältnisse sie für ihre Betriebsangehörigen errichtet hat.

Welch Mächtige Demonstration für Gewerbehygiene wird hier dem Besucher durch eine Industrie geboten, die nach dem ausgestellten Kartenwerk des Reichsarbeitsministeriums hinter der Metallindustrie und dem Bergbau an dritter Stelle rangiert, in der proportional die meisten Frauen beschäftigt sind, und die die meisten Anstrengungen für soziale Maßnahmen machen mußte. Auf einer Tabelle des Reichsarbeitsministeriums ist zu lesen, daß im gesamten Spinnstoffgewerbe 12 408 Betriebe mit 757 523 Arbeitern vorhanden sind, worunter sich 453 373 Arbeiterinnen befinden. Die Ausstellung des Reichsarbeitsministeriums ist in dieser Beziehung weit wertvoller. Sie zeigt u. a., daß die Arbeiterinnen früher völlig schutzlos dastanden, während jetzt durch neue Gesetze beispielsweise die Arbeitsruhe vor und nach der Niederkunft gesichert ist.

Schon deswegen ist es sehr wertvoll, daß der Deutsche Textilarbeiterverband in einer alleseitig lobenswert anerkannten Ausstellung die ungeheuren Gesundheitsgefährdungen der Heimarbeiter aufzeigt. Heimarbeiterlöhne von 8 Pf., die höchst unzulänglichen und unhygienischen Wohn- und Schlafräume usw. lassen das Loblied der Gminderdorfer Verhältnisse in einem eigenartigen Licht erscheinen.

Besonders instruktiv und lehrreich ist die Ausstellung der Arbeiterwohlfahrt (Halle 25, Raum 38). Diese Ausstellung analysiert zunächst die Zusammenfassung der deutschen Bevölkerung, um dann zu veranschaulichen: wie leben die Proletarier und wie mühen sie leben auf Grund des errechneten Existenzminimums. Erschütternde Bilder des Elends sind das Ergebnis. Zur Kennzeichnung der Ausstellungsleitung der „Geselle“ ist folgender Vorgang erwähnt: Die Arbeiterwohlfahrt hat in ihrem Raum ein Schild angebracht mit der Aufschrift: „Sozialismus ist Ethos“. Die Zeitung verlangte die Entfernung dieses Schildes. In einem anderen Raum steht: „Nationalismus ist Ethos“. Hiergegen hatte die Zeitung nichts einzumenden. Nach sehr deutlichen Auseinandersetzungen der Arbeiterwohlfahrt mit der Ausstellungslösung mußte letztere erkennen, daß das, was dem einen recht, dem andern billig ist.

Eine besondere Note hat sich das „Haus Oesterreich“ auf der „Geselle“ gegeben. Hier stellt das „Wiener Institut für Arbeits- und Gesellschaftsforschung“ unter Leitung des Genossen Neurath-Wien aus. Zum ersten Male wird hier versucht, in allgemeinverständlicher und volkstümlicher Art gesellschaftliche und arbeitswissenschaftliche Zusammenhänge zu zeigen.

Am wirkungsvollsten aber sind die Anschauungsmaterialien der freien Gewerkschaften. Sie geben den Ursachen der bestehenden Not auf den Grund und zeigen, daß die wissenschaftlichen Untersuchungen der Gewerkschaften und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen das beste Material bilden für die Erbringung des Beweises, daß der Schutz der Arbeitskraft niemals dem Unternehmertum überlassen bleiben darf. Er muß vielmehr durch Gesetzgebung geregelt und von Staat und Kommune gehandhabt werden. Darüber hinaus kann aber nur der Sozialismus die Sicherung der Arbeit, der Existenz und der Kultur möglich machen.

Der DGB ist mit einem eigenen Hause auf der Ausstellung vertreten. Das Haus ist schön und herzerfreuend; es fällt eigentlich aus dem Rahmen der Ausstellungsbauten. Man sieht Bauten verschiedener Stilarten; Sachlichkeit, die unserem industriellen Zeitalter entspricht, sucht man vergebens. Das Haus des DGB er-

innert an eine Fabrik, aber nicht an die übliche häßliche, sondern an eine schöne, hell und durchsichtig gebaute. Und so demonstriert das Haus den Charakter der freien Gewerkschaften: klar und aufrichtig. Sie haben in ihren wissenschaftlichen Ergebnissen nichts zu verbergen, man kann durch sie hindurchsehen. Selbst die bürgerliche Presse muß anerkennen, daß das Haus des DGB zu den schönsten und klarsten Bauten der Ausstellung gehört und daß die besondere Wirkung in der Sachlichkeit des Aufbaus liegt.

Die Ausstellung des Deutschen Textilarbeiterverbandes vermeidet es, mit großem Zahlenmaterial zu arbeiten. Zahlen werden nur dort gebracht, wo es notwendig ist. Schon aus den Bildern kann man erkennen, was der Deutsche Textilarbeiterverband eigentlich will, wozu ungeheure Anstrengungen zur Bänderung der Not seiner Angehörigen er gemacht hat.

Sehr wohltuend fallen zwei Plakette auf, zwei Textilarbeiterinnen, die die große Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten Frauen, die den Kummer und das Gluck der schaffenden Textilarbeiterin verkörpern. Die eine Statue, die eine schwer schlep-pende schwangere Textilarbeiterin darstellt, trägt die Aufschrift:

Beschwerde und Kummer
Verkümbet der Blick
Der werdenden Mutter
Im Saal der Fabrik.
Die zweite Statue verkündet:
Glückseligkeit, Liebe
Verkümbet der Blick,
Wenn frei ist die Mutter
Vom Zwang der Fabrik.

Diese zwei Plakette zeigen, daß die Gewerkschaften nicht nur eine Lohnbewegungsmaschine sind, sondern daß ihnen ein großer ethischer und sittlicher Wille innewohnt und daß sie sich ihrer kulturellen Mission bewusst sind. Ferner vermitteln in der Kopie der Textilarbeiter Zeichnungen und Kurven die Höhe der Auflage des „Textilarbeiter“ seit Bestehen des Verbandes, die ausgezählten Unterstellungen usw. Einen großen Raum widmet die Ausstellung der arbeitenden Frau. Dem Besucher drängt sich die Erkenntnis auf, daß die Textilarbeiterin wesentlich mehr unter den Arbeitsbedingungen der Fabrik zu leiden hat als der Mann, was schon sehr deutlich aus den Ausstellungen der Verbandskrankheitenunterstützung zu erkennen ist. Andere Tabellen veranschaulichen die Verschlebung der weiblichen Mitgliederzahlen des Verbandes gegen früher und jetzt. 1913 waren 38,7 Proz. der Mitglieder weiblich, 1925 dagegen 61,7 Proz. Eine Statistik, die besondere Beachtung verdient, gibt darüber Aufschluß, wie die Arbeitszeit in der Fabrik künstlich verlängert wird durch den Weg von und zur Fabrik. Erfährt wurden bei dieser Erhebung 101 Betriebe mit 54 827 Arbeitern, darunter 34 930 Arbeiterinnen. Die durchschnittliche Arbeitszeit betrug 9 Stunden, mit Ausnahme vom Sonnabend. Einschließlich einer einstündigen Pause belief sich also die Arbeitszeit auf 10 Stunden pro Tag. Durch den Weg von und zur Fabrik verlängerte sich die tägliche Arbeitszeit für

41 883 Personen auf 11 Stunden pro Tag
8 984 " " 12 " " "
2 759 " " 13 " " "
1 183 " " 14 " " "
43 " " über 14 " " "

Die künstlerische Ausschmückung der Kopie des Deutschen Textilarbeiterverbandes wurde der Berliner Künstlerin Frau Karl Luis Heinrich-Salze, einer Kollwitz-Schülerin, übertragen. Sie gestaltete ihre Arbeiten in einheitlichem Geist und trug dafür Sorge, daß ein anerkanntes Niveau innegehalten wurde. Was den künstlerischen Gehalt anbelangt, steht die Kopie des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Rahmen der Ausstellung des DGB wohl mit an erster Stelle.

Die Folgerungen, die die Arbeiterschaft aus der „Geselle“ zu ziehen hat, sind die, daß sie ein scharfes Auge auf die sozialen und fürsorglichen Maßnahmen des Unternehmertums haben muß. Die Arbeiterschaft muß ihre Taktik nach derjenigen der Unternehmer einrichten. Und das erfordert immer wieder neue wissenschaftliche Methoden der Untersuchung der Wirtschaft durch die Gewerkschaften.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Mai 1926.

Stichtag für die Arbeitslosen-Zählung: 29. Mai.
Stichtag für die Kurzarbeiter-Zählung: 24. bis 29. Mai.

Aus dem nunmehr vorliegenden Ergebnis der Zählung der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter innerhalb unseres Verbandsgebietes ist ersichtlich, daß auch im Monat Mai keine wesentliche Veränderung im Beschäftigungsgrad der Textilindustrie eingetreten ist. Die Krisis will einem fühlbaren besseren Geschäftsgang nicht weichen. Wohl ist nach unserer Zählung die Prozentzahl der Kurzarbeiter gesunken, der Rückgang ist aber so minimal (1,2 Prozent), daß eben von einer merklichen Besserung nicht gesprochen werden kann.

Nachstehende Tabelle mag einen Ueberblick geben über den Stand der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit in den letzten beiden Monaten.

Nach unserer Erhebung waren von den berichtenden Mitgliedern:

Arbeitslose Proz.	Kurzarbeiter Proz.	Zusammen
im April 1926 . . . 58 988=26,0	154 246=52,2	218 234=72,2
im Mai 1926 . . . 58 775=19,9	150 272=51,0	209 047=70,9

Die Besserung der kurzarbeitenden Mitglieder nach der Dauer der Arbeitszeitverlängerung ergab in der Statistik folgende Bild.

Es arbeiteten in der Fabrik	Verbandsmitglieder			In Proz. der erfaßten Mitglieder
	männl.	weibl.	zusammen	
1-8 Stunden . . .	8 611	15 828	25 439	8,6
9-16 " . . .	19 002	28 885	47 887	16,2
17-24 " . . .	22 424	34 288	56 712	19,3
25 u. mehr " . . .	8 877	11 867	20 234	6,9
Zusammen	58 775	90 858	150 272	51,0

Die Arbeitszeitverlängerung beträgt nach dieser Aufstellung meist 9-16 bzw. 17-24 Stunden, das heißt, es wird hauptsächlich zwei bis drei Tage pro Woche verlängert gearbeitet.

Ueber den Geschäftsgang in den einzelnen Industriegruppen der Textilindustrie gibt folgende Tabelle Aufschluß.

Nach unserer Zählung waren in Prozent der berichtenden Mitglieder in den einzelnen Gruppen (Ausflugszahlen; die Zahlen des Monats April):

Industriebranche	Arbeitslose Proz.	Kurzarbeiter Proz.	Zusammen
Seide und Kunstseide . . .	23,7	37,2	59,1
Wolle	21,4	42,0	36,6
Baumwolle	23,8	39,0	40,1
Daunenwolle	15,9	68,8	20,8
Dachstuhl (Flachb., Hanf, Jute) . . .	25,0	66,2	19,7
Wirkerei und Strickerei	21,3	58,9	24,8
Wirkerei und Strickerei	23,6	57,3	19,1
Wirkerei und Strickerei	19,2	46,1	34,8
Wirkerei und Strickerei	19,1	42,4	33,5
Wirkerei und Strickerei	23,6	61,5	5,0
Wirkerei und Strickerei	31,9	68,1	8,0
Wirkerei und Strickerei	17,5	66,0	19,6
Wirkerei und Strickerei	23,4	59,8	16,8
Wirkerei und Strickerei	15,5	68,8	25,7
Wirkerei und Strickerei	13,8	61,5	24,7
Wirkerei und Strickerei	21,4	88,1	40,5
Wirkerei und Strickerei	24,6	47,6	27,7
Wirkerei und Strickerei	16,0	50,5	38,5
Wirkerei und Strickerei	15,1	46,7	33,1
Textilindustrie insgesamt:	19,9	51,0	29,1
Wirkerei und Strickerei	20,0	52,9	27,8

Es ergibt sich auch hier — mit Ausnahme der nach der Beschäftigungszahl kleinen Posamentengruppe, die eine merkwürdige Neubelastung erfahren hat — dasselbe Bild wie aus der Hauptübersicht ersichtlich und trifft auch hier zu, was eingangs schon erwähnt wurde, nämlich: keine wesentliche Veränderung gegenüber dem Vormonat.

Auch aus folgender Tabelle, die einen Ueberblick gibt über das Prozentverhältnis der Arbeitslosen und Kurzarbeiter zum Mitgliederbestand in den einzelnen Gauen, ist dieses festzustellen.

Es waren vom Hundert der berichtenden Mitglieder

Gau	Arbeitslose im April im Mai	Kurzarbeiter im April im Mai	Zusammen im April im Mai			
Sachsen	18,5	17,9	45,8	41,4	61,8	59,3
Rheinland	26,8	24,9	44,8	44,2	70,9	69,1
Bayern	26,1	26,5	51,4	54,8	77,5	80,1
Württemberg	17,7	19,4	65,0	65,4	82,7	84,5
Brandenburg	17,8	21,8	69,2	68,1	88,6	89,4
Thüringen	11,8	11,5	29,9	26,7	88,7	37,2
Dresden	18,7	16,4	50,6	48,7	67,8	65,1
Schlesien	28,0	22,4	57,5	56,8	85,5	78,7
Berlin	27,0	26,6	40,0	42,7	75,0	69,3
Verband insges.:	20,0	19,9	52,2	51,9	72,2	70,9

Am schlechtesten beschäftigt sind demnach die Gauen Bayern (Rheinland und Westfalen), Württemberg (Bayern), Stuttgart (Württemberg und Baden), Wernitz (Schlesien) und Berlin (hauptsächlich Broping Brandenburg) und Hannover. Es folgen die Gauen Cassel, Dresden (Freistaat Sachsen) und Hannover. Am besten beschäftigt ist, wie schon seit Einsetzen der Krise bisher immer, der Gau Gera (Thüringen). Dessen Prozentzahlen liegen ganz erheblich unter dem Verbandsdurchschnitt.

Die nun schon seit November vorigen Jahres andauernde Krise, die in ihrer Ausdehnung in vorliegendem Ergebnis zum Ausdruck kommt, dürfte kaum in absehbarer Zeit einer Neubelebung des Geschäftsganges weichen. Vielmehr ist erst mit dem Einsetzen des Wintergeschäftes eine merkliche Besserung zu erwarten. Es wird also Herbst werden, ehe auf einen ins Gewicht fallenden Rückgang der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit gerechnet werden kann.

Dem Volk das Geld.

Sprechchor von Alfred Auerbach. (Nach Freiligrath.)

„Wer ist die Kraft,
Wer hämmert mich
Das alte morische Ding,
Den Staat?
Die noch von Gottes Zorne sind,
Das Proletariat.“
Doch die in Gottes Gnade stehn,
Das Volk als Fürstentumtehn,
Was wollen die mit unserm Gold?
Die Ketten, die sie uns bejehlt,
Die sollen wir bezahlen.
Was schreit das Volk von seiner Not?
Dem Hiß ja der Erbsitzer Tod.
Was ruf das Volk von Hunger? — Bald
Hat unsre Pein die Gewalt,
Dann wird das Volk schon wieder satt,
Wird stumm, wer da gewimmert hat.
Gibt Geld!
Wer ist die Kraft,
Wer hämmert mich
Das alte morische Ding,
Den Staat?
Das Volk, das zu dem Volke spricht:
Gibt uns das Geld,
Zum Kampf ums Licht . . . dem Volk das Geld.

Statistisches zur Fürstenabfindung.

Von Erich Gwalt.

In der Provinz Braunschweig ist kürzlich eine Partei herauf, um die Einziehung der Fürstentümer von 350 000 R. zu verhindern. Der Land und Reichstag, der den abgedankten Fürsten zahlen werden ist, darf man getreulich auf 36 Millionen schätzen. Würde der Verlust, der dem Braunschweiger Volkswirtschaften durch Herausgabe jener Werte entfallen sind, auf die Bewohner abgewälzt werden, so müßte jeder Braunschweiger sich um rund 20 R. in jeder einmündigen Umlage beteiligen. Nicht ganz 2 Schilling, 1 Schilling, die Hälfte von Museum und Bibliothek, Stadtpark und sehr umfangreiches „Privatvermögen“!

Als Ernst August 1913 nach Braunschweig kam, besaß er dort keinen Ar. keinen Halm, und auch kein sonstiges „Privatvermögen“. Die fünfjährige Herzogzeit hat sich gelohnt.

Die Großherzogin-Witwe von Sachsen-Weimar hat sich ihre Jahresrente bekanntlich mit 1400 Proz. auswerten lassen. Sie verlangte ferner Aufwertung der einmaligen Barabfindung von 3 Millionen Papiermark, die beim Vertragsabschluss 73 700 Goldmark wert war und 1931 zahlbar ist. Wäre das Sperrgesetz nicht dazwischengekommen, so hätte sie es mit Hilfe der Justiz mittlerweile sicher durchgesetzt, daß die drei Papiermillionen in ebensoviele Goldmillionen umgewandelt worden wären. Und wir hätten das Schauspiel erleben können, daß der Staat gewissen Leuten ihre „Ansprüche“ mit 4000 Proz. aufwertet. Und jeder sächsisch-weimarer Staatsbürger müßte dann anno 1931 im Durchschnitt 7 Mk. auf dem Altar der Landesunter opfern, eine vierköpfige Familie also immerhin 28 Mk. Aber das ginge noch an. Aus Staatseigentum hat die Dame bisher 2 Forsten erhalten, Größe 4700 Hektar, Wert — vorfristig geschätzt — 14 Millionen. hätte sie sich deren Wert in bar auszahlen lassen, so wäre jedes ihrer Landeskinder um 32 Mk. geschröpft worden. Nicht einbezogen die sagenhaften 75 Rittergüter, über deren Größe und Wert sie überhaupt nichts verlauten läßt, die aber ihr einwandfreier Privatbesitz sind. Nicht einbezogen ferner die diversen Schlösser, Kunstschätze usw.

Jeder Bewohner von Mecklenburg-Strelitz hat bisher weit über 400 Mk. aufbringen müssen, um sein deutsch-montenegrinisch-russisches angekommenes Herrscherhaus zu befriedigen. Davon im einzelnen: 60 Mk. pro Kopf für den russischen Großfürsten, Deftereur und Vaterlandserräter Karl Michael, über 80 Mk. für die Montenegrinerin, das übrige für die Familie des Großherzogs. Immer noch nicht genug. Es werden noch 5,6 Millionen angefordert. Also noch 55 Mk. pro Kopf des Untertans, soweit man in Mecklenburg von Köpfen reden kann und zwar: je 10 Mk. an die montenegrinische Ackerprinzessin, je 1 Mk. pro Kopf für die Prinzessin Julius Ernst zur Lippe, je 42 Mk. für die Großherzogin-Witwe nebst Familie. Die Kleinigkeiten, die die Mätressen fordern, fallen dem gegenüber gar nicht ins Gewicht.

Alles Bisherige ist nur ein Kinderpiel gegen die Zustände im „Freistaat“ Baden (der noch immer keine freistaatliche Verfassung besitzt). Die 94 000 Morgen Forsten des Fürsten allein bilden fast ein Viertel der Grundfläche des Ländleins.

(Ganz abgesehen von dem nicht zu knapp geratenen Domänenprivatbesitz des Fürstentums) und belasten die biederen Waldarbeiter mit jagen und schreiben: 1200 Mk. pro Untertan! Außer den schon erwähnten Domänen sind dem Abgedankten dort noch zuerkannt worden: Schlösser (Bauzuschüsse trägt der Staat), Fischerei und Jagdberechtigung — das Wundert uns schon gar nicht weiter! — Bezahlung aller direkten Reichsteuern für die fürstliche Familie durch den Staat bis 1930! Verfaßles ist gar nichts dagegen! Arme Waldarbeiter!

Die großen Kanonen unter den Abfindungsältern lassen sich auch nicht lumpen. Was der bayerische Rupprecht auf seinem Volke herausgepreßt hat, wird — ganz bescheiden — auf 150 Goldmillionen geschätzt. Er hat seine getreuen Kammern also immerhin um 21 Mk. pro Staatsbürger erleichtert.

Die 900 Millionen, die von den Hohenzollern verlangt wurden — eine Summe, die sicher viel zu niedrig taxiert ist — bedeuten eine Mehrbelastung der preussischen Bevölkerung um 28 Mk. pro Kopf im Durchschnitt.

Die Ansprüche sämtlicher ehemaliger Herrscherhäuser beziffern sich bekanntlich auf 2 550 000 000 Mk., d. h. die Gottesgnadenmänner wollen jedem ihrer früheren Landeskinder durchschnittlich 42 Mk. aus der Tasche ziehen. Macht bei einer fünfköpfigen Familie eine Mehrbelastung von 210 Mk., die in den nächsten Jahren durch Erhöhung der Abgaben aufgebracht werden muß!

Was sind 2 Milliarden oder 550 Millionen? Diese Summe in Hundertmarkstücken einzeln aneinandergelegt, würde die Strecke von Moskau bis Madrid bedecken. In Fünfmarschreihen: dann würde die Reihe 14 mal um die Erde reichen.

Würden die Fürsten sich den Betrag nur in landwirtschaftlichem Grundbesitz austheilen lassen, so müßte man ihnen den gesamten landwirtschaftlich genutzten Boden der Freistaaten Sachsen, Thüringen, Baden und Hessen-Darmstadt präsentieren. Müßte jene Summe bar in Gold gezahlt werden, so müßte man den Erfindern 15 Güterzüge mit je 80 Wagen aufenden, jeden Wagen mit 2 Tonnen Goldes beladen. Mit 2 1/2 Milliarden könnte das deutsche Volk die sämtlichen Millionen von Kriegssopfern 10 Jahre lang unterhalten!

Diese Werte gehören dem Volke! Sie müssen dem Volke erhalten bleiben! Darum stimmt am 20. Juni mit „Ja“!

Letzte Mahnung: Am 20. Juni stimmt jeder Gewerkschafter mit „Ja“!

Die Lohnverhandlungen in der bayerischen Textilindustrie.

Die Textilindustriellen von Süd- und Nordbayern haben zum 8. Mai 1926 die Lohnverhandlungen für die nordbayerischen Textilindustriellen einen Lohnabbau von etwas über 8 Proz. verlangt, forderten die südbayerischen Arbeitgeber einen solchen von über 30 Proz. Wiederholte Verhandlungen zwischen den Parteien blieben erfolglos, so daß die Landesschlächter in Süd- und Nordbayern angerufen wurden.

Der stellvertretende Landesschlächter in Nürnberg führte am 26. Mai 1926 einen Schiedsspruch für die nordbayerische Textilindustrie, wonach die bisherigen Löhne bis Ende dieses Jahres bestehen bleiben. In der Frage der Mehrlohnbedienungen trug der stellvertretende Landesschlächter dem Antrag der Unternehmer Rechnung, so daß die Parteien über die Einführung des Vierstufensystems in der Hochweberlei, des Dreistufensystems in der Buntweberlei und des 16-Stufensystems in der Automatenweberlei verhandeln mußten. Trotz dieser den nordbayerischen Textilindustriellen günstigen Bestimmung haben diese den Schiedsspruch abgelehnt.

In Südbayern fanden die Verhandlungen am 1. Juni 1926 in München beim Landesschlachtungsamt unter dem Vorsitz des stellvertretenden Landesschlächters Kurth statt. Trotz der Millionen Reingewinne und der sehr hohen Dividendenverteilung für das Jahr 1925 beharrten die Unternehmer auf dem von ihnen geforderten über 30prozentigen Lohnabbau, trotzdem der Vorsitzende des südbayerischen Arbeitgeberverbandes selbst zugab, daß die jetzige Wirtschaftslage eine Weltkrise sei und demzufolge nicht etwa eine Krise durch die bestehenden Löhne. Da die Textilarbeiterlöhne in England und Amerika das Drei- und Vierfache der deutschen Textilarbeiter-

löhne betragen, ist tatsächlich der Einfluß der deutschen Löhne auf die Wirtschaftslage gleich Null. Die Unternehmer in Südbayern schienen der Hoffnung zu sein, daß sie trotz der an und für sich bei Vollarbeit nicht ausreichenden Löhne der Textilarbeiter beim Landesschlächter in München ein williges Ohr finden. Nach stundenlangen Verhandlungen im Plenum und im Schiedsgericht wurden am Dienstag, den 1. Juni, da der Vorsitzende des Schiedsgerichtes eine Einigung zwischen den Parteien nicht herbeiführen konnte, die Verhandlungen ausgesetzt und vertagt. Hoffentlich tritt in München nicht die Anschauung zutage, „von München aus muß die Welt gefunden“ werden. Die Textilarbeiterschaft kann unter keinen Umständen einen Lohnabbau ertragen. Im übrigen haben alle hauptsächlichsten Konkurrenzgebiete der bayerischen Industrie die bestehenden Löhne bis Ende des Jahres vereinbart. Möge deshalb die Textilarbeiterschaft aus dem erzwungenen Vorgehen ihrer Unternehmer die Folgerungen ziehen.

Die Umstellung der Erwerbslosenfürsorge.

In voriger Nummer des „Textilarbeiter“ veröffentlichten wir die Stellungnahme und die Forderungen der Textilarbeiterschaft zu der geplanten Umstellung der Erwerbslosenfürsorge auf das Lohnklassensystem, die in einer Eingabe an die Reichsregierung deutlich zum Ausdruck gebracht wurden.

Wie uns mitgeteilt wird, hat sich das Reichsarbeitsministerium entschlossen, vor der Umstellung eine Erhebung über die Verteilung der Arbeitslosen auf die verschiedenen Lohnklassen vorzunehmen. Diese Erhebung soll bis Oktober d. J. fertig vorliegen.

Um die Erhebung vornehmen zu können, muß vom Reichstag ein dementsprechendes Gesetz beschlossen werden. Der Entwurf hierzu soll mit Beschleunigung dem Reichstag vorgelegt werden.

Da am 3. Juli die derzeitigen Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge außer Kraft treten, muß sich die Reichsregierung abermals über die weiteren Wege schlüssig werden. Sollten bis zur Umstellung eine Erhöhung der Unterstützungssätze nicht erreicht bzw. nicht vorgenommen werden, so müssen aber zum allerwenigsten die bisherigen Sätze weiterhin gezahlt werden.

Ferienbetrachtungen.

Es ist eine wertvolle Errungenschaft der Nachkriegszeit, daß der Zentralgewerkschaften, daß der Arbeiterschaft unter Fortzahlung des Lohnes jährlich Ferien gewährt werden müssen. Man darf nicht glauben, daß das Unternehmertum aus lauter Liebe zum arbeitenden Menschen oder aus irgendeinem sozialen Gefühl heraus zu der Ueberzeugung kam, daß auch dem Arbeiter einmal im Jahre eine kurze Spanne Zeit der Erholung vergönnt werden müsse. Die Unternehmer und auch zum größten Teil die beherrschenden Stellen finden es heute noch für selbstverständlich, daß der Anspruch auf Ferien doch ganz anderen Leuten zusteht, als den gewöhnlichen Lohnnechten. Es ist ja auch durchaus verständlich, daß der vielgeplagte und mit wirtschaftlichen Sorgen überlastete Unternehmer, der höhere Betriebs- und Verwaltungsbeamte, alljährlich 6-8 Wochen notwendig braucht, um seine insofern „angestrengt“ Tätigkeit zerrüttete Gesundheit wieder herzustellen. Der Arbeiter dagegen hat sich auf Grund seiner langen Tätigkeit an das gesunde Klima der staubigen und muffigen Fabrikluft gewöhnt, so daß Erholung oder Urlaub für ihn nicht so nötig ist.

Wir wollen aber die Dinge nicht von der gehässigen Seite aus beurteilen. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist außerordentlich schlecht. Es muß alles aufgegeben werden, die Wirtschaft für unproduktiven Lasten zu schlichten. Eine solche „unproduktive Last“ ist neben den vielen anderen selbstverständlich auch der Urlaub, während dem der Arbeiter nicht produziert und doch Lohn bekommt. So ein ferienbeglückter Arbeiter geht unbesorgt in die Sommerfrische oder verbringt die Tage bei schlechtem Wetter im Bett. Anders der vielgeplagte Arbeitgeber, dem auch weit entfernt vom Betriebe die wirtschaftlichen Sorgen keine Ruhe lassen und der immer wieder daran denken muß, ob während seiner Abwesenheit auch alles in Ordnung bleibt.

Wohl aber die Ferien nach der Auffassung der Arbeitgeber als unproduktive Ausgaben in der Wirtschaft betrachtet werden müssen, sollte man glauben, daß die Arbeiterschaft vernünftig genug wäre, darauf zu verzichten. Man weiß allerdings im Unternehmertum, daß besonders die freien Gewerkschaften kein Verständnis für derartige wirtschaftliche Notwendigkeiten aufbringen können. Es ist aber auch nicht gut möglich, den Gewerkschaften diese Wirtschaftslehre so ohne weiteres löffeln zu lassen. Aus diesem Grunde versucht man langsam, aber doch sicher zum Ziele zu kommen.

Der Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie hat es mit Hilfe des staatlichen Schlichtungsausschusses fertiggebracht, für die Seidenindustrie auf Grund der wirtschaftlichen Uebermacht der Arbeitgeber den Seidenarbeitern erhebliche Verschlechterungen in der Urlaubsfrage aufzubürden. So wird z. B. bei längerer Kurzarbeit der Arbeiter nur 27 Stunden Ferienvergütung erhalten. Die Maßnahmen der Verschlechterungen werden begründet durch die schlechte Lage der Industrie infolge der sozialen und steuerlichen Belastung, der „hohen“ Löhne und der kurzen Arbeitszeit.

Wir haben schon öfters darauf hingewiesen, daß diese Behauptungen zum größten Teil falsch und übertrieben sind. Der Nachkriegsstand der Industrie lautet: Loslösung der Wirtschaft von allem Zwang, Sparen und nochmals sparen in allen unproduktiven Ausgaben, wozu auch der bezahlte Urlaub gehört. Loslösung der Wirtschaft von allem Zwang bedeutet Abschaffung der sozialen Fürsorge, des gesetzlichen Schutzes der Arbeitskraft, Ausschaltung der Gewerkschaften bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Vornahme nach Auffassung des Unternehmers, gesunde Steuerpolitik, die den notleidenden Unternehmer von der Steuer befreit und alle Steuerlasten auf die Schultern der Nichtbesitzenden abwägt. Sparen in der Wirtschaft bedeutet nach Ansicht der Unternehmer Einstellung aller unproduktiven Ausgaben, indem man jede überflüssige Arbeitskraft restlos der Straße überantwortet, die Arbeitszeit verlängert, Löhne abbaut, damit der längst beabsichtigte Preisabbau endlich einmal vonstatten gehen kann.

Der Massenchor des Preisabbaues wird bekanntlich seit sehr langer Zeit in Deutschland in allen Tonarten getrieben. Unternehmer, Handlungsreisende und Handelsstammverwandte sowie Detaillistenvereinigungen singen in diesem Chor das Heldenlied des Lohnabbaues. Andere Mittel weiß man zurzeit nicht anzupreisen. Daß der aufgeblähte Wirtschaftsapparat infolge hoher Ausgaben für Gehälter und Spesen in keinem Verhältnis zu dem erzielten Preis mehr steht, davon weiß man nichts zu sagen. Der Lohn des Arbeiters ist um 40 bis 50 Proz. gegenüber der Friedenszeit gestiegen. Daß der leitende Wirtschaftsapparat um das Vier- bis Fünffache gesteigert wurde, die Gehälter der leitenden Angestellten um 400 bis 500 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit erhöht wurden, davon hört man nichts. Ob dies nicht auch zu den unproduktiven Ausgaben gerechnet werden kann, müßte doch einmal gepriift werden. Diese Erwerbslosenunterstützung notwendiger Kapitalisten und Sozialversicherung der besitzenden Klasse abzuschaffen, daran denkt in Deutschland kein Mensch. Die wirtschaftliche Lebensfähigkeit vom Abbau des Arbeitslohnes abhängig zu machen, grenzt geradezu an polizeiwidrige volkswirtschaftliche Dummheit.

Die Krefelder Samtfabrikanten streiten seit mehr als acht Monaten um 4 Proz. Arbeitslohn, die der Samtindustrie die angelegte Existenzmöglichkeit nehmen. Der staatliche Schlichtungsausschuss wurde mobil gemacht, der allerdings entschied, daß der Lohnstarif vom 26. Februar 1926 wieder in Kraft gesetzt wird. Die Unternehmer haben den Schiedsspruch als untragbar abgelehnt. Gibt es einen größeren Lustmord in der Welt als diese Behauptungen? Der Samtweber arbeitet auf einem Viererentwurf; jeder Meter, den er webt, sind acht Meter, vier Stücke neben- und übereinander. Bezahlt bekommt der Samtweber jedoch nur einen Meter. Nehmen wir diese 4 Proz. Lohnabbau auf die acht Meter, dann kommt ein abzugehender Betrag in Frage, der gar nicht in Erscheinung tritt.

Das höchste Glaubensbekenntnis der Unternehmer besteht darin, daß durch Lohnherabsetzung die Preise abgebaut werden können. ferner der Wettbewerb dadurch gehoben wird. Was wird nun 4 Proz. Lohnabbau, der vielleicht einen halben Pfennig auf den Meter Ware im Arbeitslohn enthält, für einen Einfluß auf die Preisgestaltung haben?

Wäre es nicht praktischer, die Spanne zwischen Herstellungskosten und Verkaufspreis einmal zu ermitteln? Diese Untersuchung würde praktisch ergeben, daß in dieser Spanne der Arbeitslohn unglücklich oft enthalten wäre. Wäre eine Preislenkungs- und Verbilligungsaktion nicht viel eher möglich, wenn in der Gewinnaquote erheblich abgebaut würde? Nun sagen die Unternehmer: „Auf die Gestaltung dieser Dinge haben wir keinen Einfluß“. Will man die Verhältnisse in der deutschen Wirtschaft ändern und dieselbe rentabler gestalten, darf man die Dinge nicht von einem berattigen Standpunkt betrachten. In einer Volkswirtschaft, wo der Schmachttrium als nationaler Tugendbüchel gepriesen wird und das Einkommen der großen Masse heruntergedrückt werden soll, ist es mehr als Unheimlich auf Grund dieser Methoden von Aufbau zu reden. Der Arbeiter schaut müde endlich einmal Her werden, wohin die Reise in Deutschland geht.

Gemeinsam frank du dich den Text. Ein zweiter kommt, ich anzuschließen. * **FRAUENTEIL** * Mitteilungen mit 100, mitteilend; Derzeitige so ist Kraft und Red. 6. 11. 26

Die Behandlung des Schwangeren- und Wöchnerinnen-Schutzes im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages verhandelte am 5. Juni über die sozialdemokratischen Anträge auf Ratifizierung des Washingtoner Abkommens betreffend Schutz der Frauen vor und nach der Niederkunft und Erweiterung der Leistungen der Reichswochenhilfe. Von der Frau Abgeordneten Schroeder wurden an Hand der Ergebnisse der Enquete des Deutschen Textilarbeiterverbandes die furchtbaren Schäden der Frauenarbeit im schwangeren Zustand geschildert und vor allem darauf aufmerksam gemacht, daß das farge Arbeitsverbot 14 Tage vor der Entbindung lediglich für Fabrikarbeiterinnen gelte und alle anderen arbeitenden Frauen überhaupt nicht betreffe. Es müßte deshalb einmal die Zeit des Arbeitsschutzes erweitert und zweitens der Kreis, der unter diesen Schutz fallenden Frauen vervollständigt werden. Wenn die sozialdemokratische Fraktion sich in dieser Hinsicht mit dem Washingtoner Abkommen, d. h. mit einem schwächlichen Arbeiterschutz für Frauen in den gewerblichen Betrieben, sowie dem Verkehrs- und Handeltsgewerbe, begnüge, so einmal, weil bei der politischen Zusammenkunft des Reichstages sehr wenig zu erreichen sei, und zweitens, weil der starke Wirtschaftsdruck ganz besonders auf den Frauen liege. Diese Anträge stellten aber nur einen Anfang dar. Ferner sei selbstverständlich die Konsequenz die Erweiterung der Wochenentgeltleistung, und dazu komme infolge der Notlage die Notwendigkeit der Erhöhung der Wochenhilfsleistungen überhaupt. Außerdem verlangte Frau Abgeordnete Schroeder die Wiederübernahme der Wochenfürsorge auf das Reich und belegte ihre Ausführungen über die Mangelhaftigkeit der jetzigen Regelung durch Staat und Gemeinden mit Tatsachenmaterial, das seitens der Arbeiterbewegung zusammengetragen war.

Ministerialdirektor Grise hat, zurzeit von einer Erhöhung der Wochenhilfe Abstand nehmen zu wollen. Er meinte, man sollte die Frage der Gemeinlast einmal im Ganzen behandeln.

Die Kommunisten forderten die Annahme ihrer Anträge: Unentgeltliche Hebammenhilfe, einen einmaligen Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 100 Mt. Wochenentgelt in der Höhe des Krankentgeldes, mindestens jedoch zwei Mark täglich für acht Wochen vor und acht Wochen nach der Niederkunft. Stillgeld in der Höhe des halben Krankentgeldes mindestens eine Mark täglich für die Dauer von neun Monaten. Diese Forderungen seien nötig, angesichts der zunehmenden Verschlechterung der Lage der breitesten Volksschichten. Sie charakterisierten das unerhörte Verhalten der Regierung Marx, die es wage, in dieser wichtigen bevölkerungspolitischen und sozialen Frage jede Verbesserung brutal abzulehnen. Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens sei unbedingt erforderlich, aber dabei dürfe es nicht bleiben. Auch das Verhalten der bürgerlichen Parteien sei bezeichnend.

Die Abgeordnete Leusch von Zentrum erklärte sich für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, für die Ausdehnung der Wochenhilfe auf acht Wochen. Die Erhöhung des einmaligen Beitrages müsse man sich überlegen. Zur Frage des Wochen- und Stillgeldes meinte sie, daß erst die Fraktion Stellung nehmen müsse zu den Forderungen der Sozialdemokratie.

Die Deutschnationalen, die Bayerische Volkspartei und die Bökischen sagten überhaupt nichts. Demokraten und Deutsche Volkspartei erklärten, später Stellung nehmen zu wollen.

Da sich die Regierungvertreter ablehnend verhielten und die übrigen Fraktionen noch keine klare Stellung einnehmen konnten, so setzte Abgeordnete Dr. Moses vom ärztlichen Standpunkt aus noch einmal die ganzen Gefahren der Fabrikarbeit für die Schwangeren auseinander. Er wies darauf hin, daß auf Grund der Eingaben des Deutschen Textilarbeiterverbandes an den Reichstag wie an die verschiedenen Länderregierungen, die Landtage in Sachsen, Braunschweig, Baden und Bayern Anträge angenommen hätten, die die Reichsregierung auffordern, gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der Schwangeren in den Betrieben unverzüglich zu ergreifen. Dr. Moses betonte weiter, daß man zwar fortgesetzt von der Notwendigkeit „aktivistischer Bevölkerungspolitik“ rede, daß aber die Taten der Reichsregierung mit den Taten von der bei uns so dringend nötigen Bevölkerungspolitik im schroffen Widerspruch ständen. Wenn bei den in der Textilindustrie beschäftigten Frauen die Zahl der Fehlgeburten so hoch sei, so groß sei als die allgemeine Durchschnittsziffer, und man dagegen keine energischen Maßnahmen ergreife, so sei das nichts anderes, als daß unter Mithilfe der Bildung des Staates und der Gesellschaft soziale Verbrechen am lebenden Leben begangen würde. Er forderte, daß so schnell wie möglich Maßnahmen ergriffen werden zum Schutze der Schwangeren in den Betrieben, sowohl im Interesse der Mütter wie auch des Nachwuchses.

Abgeordneter Aufhäuser kritisierte die Auffassung der Regierung, mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bis zur Schaffung des neuen Arbeiterschutzgesetzes zu warten, da darüber wahrscheinlich noch Jahre vergehen würden.

Da die bürgerlichen Ausschussmitglieder erst die Beschlüsse ihrer Fraktionen einholen wollten, wurde ein Unterausschuß ge-

bildet, der unter dem Vorsitz der Abgeordneten Schroeder nächste Woche tagen soll.

N. B. Wir hoffen und wünschen, daß unsere Forderungen nach Ausbau des Schwangerenschutzes das Interesse der Vertreter aller Parteien des Reichstages finden möge, damit baldige, wirksame Maßnahmen gegen die Gefahren und gegen die Not der schwangeren Arbeiterinnen getroffen werden!

Irthümer.

Der bekannte Berliner Frauenarzt Dr. Max Hirsch, eine der ersten Autoritäten auf dem Gebiete der Frauenheilkunde, hat vor einiger Zeit eine sehr interessante Schrift: „Die Gefahren der Frauenerwerbsarbeit für Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und Kindesaufzucht mit besonderer Berücksichtigung der Textilindustrie“ geschrieben. Er hat dazu auch die vom Deutschen Textilarbeiterverband hergestellten Bilder benutzt, welche schwangere Frauen bei der Erwerbsarbeit darstellen. Diese Schrift wird in Nummer 9 der Zeitschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände „Der Arbeitgeber“ einer Kritik unterzogen. Dabei werden Behauptungen aufgestellt, die wir im Interesse unserer sozialpolitischen Arbeit nicht unwidersprochen lassen wollen. Der Kritiker schreibt:

„Offenbar hat sich der Verfasser keine Kenntnis über die Arbeit in der Textilindustrie beim Deutschen Textilarbeiterverband geholt, wie auch das der Schrift beigegebene Bildmaterial vom Deutschen Textilarbeiterverband geliefert ist. Es ist klar, daß diese Bilder nicht in einem im Gange befindlichen Betriebe aufgenommen sein können, sondern daß sie ad hoc gestellt sind.“

Der Kritiker der Arbeitgeberzeitung irrt. Nur das erste Bild wurde „ad hoc“ gestellt. Es war das der erste Versuch, außer diesem einen „ad hoc“ gestellten“ Bilde sämtliche in Frage kommenden schwangeren Textilarbeiterinnen bei der Arbeit im Betriebe, in ihrer natürlichen, sich aus der Arbeit ergebenden Bewegung und Stellung, in verschiedenen „im Gange befindlichen Betrieben“ photographiert worden. Sie sind also nicht tendenziös aufgemacht.

Ein zweiter Irrtum, der uns interessiert, kommt in folgendem Satz der Arbeitgeberkritik zum Ausdruck:

„Die Tourenzahl der Maschine hat mit der Schnelligkeit der Arbeit gar nichts zu tun. Solange die Maschine ordnungsgemäß läuft, hat die Arbeiterin sie überhaupt nur zu beobachten. Erst wenn ein Faden reißt oder abgelaufen ist, muß die Arbeiterin ihn wieder antippen. Währenddessen steht aber der Webstuhl oder die betreffende Spindel still.“

Jeder Fachmann wird beim Lesen dieser Sätze bedenklich mit dem Kopfe schütteln. Wie kann man so etwas schreiben? Kann wirklich ein Mensch so naiv sein? Jede Arbeiterin muß bei der Arbeit dem Gange der Maschine folgen. Je schneller die Maschine läuft, um so schneller folgen die Bewegungen des Menschen. Wenn der Webstuhl 200 Touren pro Minute macht, reißt beim Weben einer bestimmten Anzahl Meter Stoff genau soviel Fäden wie beim Webstuhl, der 100 Touren macht. Wenn der Baumwollwebstuhl mit 200 Touren 3 Stunden zur Herstellung der bestimmten Anzahl Meter gebraucht, braucht der Webstuhl mit 100 Touren etwa 5 1/2 Stunden. Die gerissenen Fäden müssen also beim schnelllaufenden Stuhl in etwa der Hälfte der Zeit verbunden werden, die beim langsamlaufenden Webstuhl in Frage kommt. Beim Webstuhl mit 200 Touren läuft eine Spule im Schiffchen nur halb so lange, wie im Schiffchen des Webstuhls mit 100 Touren. Die Weberin am Webstuhl mit 200 Touren muß also, sagen wir in 3 Stunden, doppelt soviel Spulen einlegen, als die Weberin, die einen Stuhl bedient mit 100 Touren. Da jede Weberin 3-4 Stühle bedient, vervielfältigt sich folglich die Intensität der Arbeit. Daß eine Spindel mit 1000 Umdrehungen mehr Aufmerksamkeit erfordert als eine Spindel mit 500 Umdrehungen, ist ebenso selbstverständlich.

In der Fabrikation schwerer Vollstoffe machte der Webstuhl vor 60 Jahren zirka 30 Touren pro Minute. Vor 40 Jahren hat Schreiber dieses in Wachen noch auf einem solchen Stuhl gewebt. Dann kam der Webstuhl mit zirka 50 Touren. In den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts kamen die ersten Stühle mit 70 Touren; heute haben wir die schweren Stühle mit 90 Touren und mehr. Vor 60 und 40 Jahren arbeitete der Weber, was jeder Fachmann weiß, noch langsam. Er rauchte keine ziemlich lange Tabakpfeife während der Arbeit und verrichtete sonstige Dinge. Die Tabakpfeife, die heute der Weber während der Arbeit im Munde halten wollte, würde bald in tausend Stücken bei den schnellen Bewegungen in den verschiedensten Winkeln um den Webstuhl herumliegen und die Fabrik würde ausgehen in Flammen. Es gibt keinen Weber mehr, der heute so langsam arbeiten kann wie vor 30 und mehr Jahren. Das sind Binsenwahrheiten. Die Kritik des „Arbeitgeber“ ist durchaus grundlos.

Indessen sind die Irrtümer des Kritikers der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände nicht aufzählbar. Der Mann hat über etwas geschrieben, was er nicht kennt. Das ist heutzutage leider keine Seltenheit mehr. Niemand kann aus seiner Haut heraus. Es ist das noch mehr erschwerend als die Meinung jener sogenannten ärztlichen Leipziger Autorität — Geheimrat Stöckel —, welcher seinerzeit in einer Aussprache bei Besichtigung unserer Bilder meinte: „Die Arbeit ist dem weiblichen Organismus im Zustande der Schwangerschaft nicht schädlich.“

Wirklich voll und ganz tritt der humane Standpunkt der Arbeit-
geber im Kreislager Textilgewerbe ins richtige Licht. Arbeiter und
Arbeitgeberinnen, die auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse län-
gere Zeit ausbleiben mussten, wurden nicht entlassen. Diese Leute
konnten immer in Bereitschaft, damit sie zu jeder Zeit geholt werden
konnten. Nachdem die Ferienfrage endgültig geregelt ist, schickte man
diesen Leuten die Entlassungspapiere zu. Am 18. Mai wurden die
Entlassungspapiere zugestellt, ausgestellt sind sie mit dem Datum
vom 25. März. Es wäre als ein ausgesprochenes Entgegenkommen
zu betrachten, daß diese Firmen die Papiere so lange aufbewahrten,
wenn nichts anderes dahinter zu suchen ist. Wir wissen, was es ist.
Hier sollen Leute, die jahrelang im Betrieb gearbeitet haben, um
lauer ererbene Rechte gebracht werden. Während der Reichs-
arbeitsminister in der Anordnung über Kurzarbeiterunterstützung
den Appell an die Unternehmer richtet, in der Frage des Urlaubs
den Arbeitern gegenüber Nachsicht walten zu lassen, haben wir jetzt
sogar die Antwort darauf. Es ist jetzt schon klar vorzusehen, daß
das Gewerbegericht in sehr vielen Fällen zur Entscheidung angerufen
werden muß.

Wenn die Verhältnisse in puncto Organisation so bleiben oder sich
gar noch verschlechtern, wird bald der letzte Rest der Errungenschaften
verloren sein. Die Verschlechterungen der diesjährigen Ferien sind
der Anfang vom Ende der Ferien überhaupt. Die Zerrissenheit der
Arbeitserschaft bedeutet den Aufstieg des Unternehmertums. Die Lösung
der Wirtschaft von allen Belastungen ist der Ruf der Unternehmer.
Erfolgreich antzupfeifen gegen diese Bestrebungen bedingt geschlossene
Organisation der Arbeiterschaft.

Wir richten an die Textilarbeiter die dringenden Appell:
„Arbeiter und Arbeiterinnen, wollt ihr Verschlechterungen eurer Le-
benshaltung abwenden, wollt ihr den gesunden kulturellen Aufstieg,
dann zurück zum Deutschen Textilarbeiterverband“.

August Thür, Kreisf.

Berichte aus Fachkreisen.

Berlin. Rosamentenbranche. Seit einigen Wochen gehen
bei der Ortsverwaltung und dem Branchenleiter Schreiben von
Kollegen aus dem Reich ein, die sich in bitteren Vorwürfen über
eine angebliche Zustimmung zu einem Lohnabbau ergehen. Die
wenigen zur Vertretung stehenden Zeilen sollen zeigen, wie die
Dinge sich in Wirklichkeit abgespielt haben. Anfang Dezember 1925
kündigten die beiden Berliner Rosamentenarbeitgeberorganisationen,
der Fachverband der Rosamentenfabrikanten und die Rosamentier-
und Seidenknopfmacher-Innung den Manteltarif mit dem Zweck,
die „untragbare“ 48-Stunden-Woche abzuschaffen und den Urlaub
besser zu „regulieren“. Die Manteltarifverhandlungen zogen sich bis
in den März hinein, zuguterletzt mußten die Herren doch ein-
sehen, daß es mit der Abschaffung der 48-Stunden-Woche bei den
Berliner Rosamentierern nicht ging. Bei der Urlaubsfrage mußte
vor eine kleine Rangesession gemacht werden, die aber im erträg-
lichen Rahmen blieb. Der neue Manteltarif wurde am 24. März
1926 unterzeichnet, er gehört nicht zu den schlechtesten seiner Art.
Bezeichnend dafür ist der Auspruch eines großen Unternehmers,
daß er diesen Manteltarif nicht unterzeichnet hätte.

Inzwischen hatte die Wirtschaftskrise auch hier starke Auswir-
kungen gesetzt und konnte es deshalb nicht wundernehmen, daß
auch bei den Kleinmeister und Fabrikanten, getreu den großen
Vorbildern, Appetit auf Lohnabbau kam. Vorläufigerweise erstreckte
sich dieser Appetit aber nicht auf die Gehilfenlöhne, sondern auf die
„untragbaren“ weiblichen Löhne aller Kategorien. Die Zusammen-
setzung in der Berliner Rosamentenindustrie: 30 Proz. gelernte
männliche Arbeiter, Rosamentierer und Bandweber, 3 Proz. an-
geungelernte Arbeiter, 15 Proz. gelernte Rosamentierbandarbeiter-
innen und 50 Proz. an- bzw. ungelernete Arbeiterinnen — brachte
es nach Kriegsende mit sich, daß in der Tarif- und Lohnpolitik nicht
wie in der Vorkriegszeit nur die Gehilfenlöhne geregelt, sondern
auch die übrigen Löhne gehoben werden mußten, die in der Vor-
kriegszeit außerordentlich tief waren. Die Tatsache, daß die weib-
lichen Löhne sich ziemlich gehoben haben durch das Eintreten der
Organisation und der Gehilfenchaft, kann ruhig konstatiert werden.
Leider hat die weibliche Kollegenschaft nicht begriffen, daß
diese immerhin annehmbaren Löhne eines Tages verteidigt werden
müssen. Die Interesslosigkeit der Arbeiterinnen an der Organi-
sation blieb auch den Unternehmern nicht verborgen, die Wirtschaft-
skrise bot ihnen daher die beste Gelegenheit, hier zum Angriff anzu-
setzen.

Am 8. April d. J. wurde vor dem Schlichtungsausschuß Groß-
Berlin wegen der Lohnfreistellungen verhandelt, und wirklich brachte
es der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses fertig, in der De-
batte zu sagen, daß die Löhne der ungelerneten Arbeiterinnen in der
Rosamentenindustrie Groß-Berlins infolge ihrer „überraagenden“
Stellung gegenüber anderen Berliner Industrien auf ein „normales“
Maß zurückgehen müssten. Der Schiedsspruch lautete: „Die Löhne
der gelernten männlichen Arbeiter bleiben bestehen, alle übrigen
Löhne sämtlicher weiblicher Kategorien werden um 2 Pfennige
herabgesetzt“. Die Verarmung der Rosamentenbranche lebte
natürlich diesen Schiedsspruch glatt ab, so daß zurzeit wohl ein
Manteltarif, aber kein Lohnabkommen besteht.

Was hat sich nun in der Zwischenzeit herausgestellt? Ueberall
wo die Leute gut organisiert sind, haben sich die Arbeitgeber wohl-
weislich gehütet, die Löhne entsprechend dem Schiedsspruch herab-
zusetzen. Den übrigen vom Lohnabbau Betroffenen wird wohl jetzt
ein Seufziefder aufgehen; hoffentlich ziehen sie die Augenwendung
daraus.

Die gelernten männlichen Arbeiter sind bis auf wenige Aus-
nahmen gut organisiert, der größte Teil von ihnen hat es auch
jedenfalls vermocht, seine Löhne über die tariflichen Löhne zu gestalten.
Die Unternehmer haben zwar in den zahlreichen Verhandlungen
immer betont, daß sie lieber die Löhne der gelernten Leute er-
höhen wollten, als die der ungelerneten. Doch beim Wollen ist es
auch geblieben. Bis jetzt hat es nur ein ehemaliger 18jähriger Hof-
lieferant, der neben einigen anderen, Militärrosamenten, Ordnungs-
band und Barmer Bänder fabrizierenden Unternehmern, aus den
beiden Arbeitgeberorganisationen ausgeschieden ist, fertiggebracht,
den bisher bestehenden Tariflohn von 90 Pf. um 10 Proz. herab-
zusetzen. Trotz tariflicher Zeit und schlechtem Geschäftsgang haben es
die übrigen Arbeitgeber noch nicht darauf ankommen lassen, sich mit
der Gehilfenchaft durch Lohnabbaumaßnahmen auf sogenannten
Kriegsstand zu stellen. Allerdings muß abgewartet werden, was
sich nach dem am 18., 19. und 20. Juni in Hamburg stattfindenden
Verbandskongreß der deutschen Rosamentenfabrikanten und Rosament-
ierorganisationen unter dem Einfluß reaktionärer Fabrikanten und Ge-
hilfen tun werden. Sollten sie wider Erwarten dann darauf aus-
gehen, die ohnehin nicht ausreichenden Löhne weiter herabzubringen,
dürfte es mit dem notwendigen Arbeitsfrieden in einer besseren
Konjunktur höchst bedenklich sein.

Unbedingt muß auch allenfalls der Lehrlingsfrage die schärfste
Aufmerksamkeit zugewandt werden. Zurzeit sind hier fast 20 Proz.
der gelernten Rosamentierer, Bandweber eingeschlossen, stellungs-
los, ihnen stehen gegenüber fast 25 Proz. Lehrlinge, eine Zahl, die
niemals hier vorgekommen war. Angefangen der auch nicht besonders
günstigen Mode hat es heute schwer, die meist älteren Kollegen
wieder unterzubringen.

Alles in allem: Die Rosamentierer haben alle Veranlassung, sich auf
ihren alten Berufssack und vor allem auf ihre alte Organisation,
den Deutschen Textilarbeiterverband, zu verlassen. Notwendig wäre
es auch, in nicht allzuferner Zeit eine Branchenkonferenz der Rosa-
mentierer Deutschlands, die zu den obern genannten Berufsständen Stellung
nehmen könnte, einzuberufen. Dieser Fall betrafen sich die in der Or-
ganisation tätigen Berufsstände in den größeren Orten Deutsch-
lands, das Erzeugnis eingeschlossen, mit dieser Anregung. Ei-

Berlin. Die Konfektionsstickerei ist in den letzten Jahren
von der gestrigen Herrin Mode sehr schlecht behandelt worden. Die
Damenwelt kauft bedrüdete Stoffe. Druck ist die große Mode und
Stickerei wird abgelehnt. Vorher war es anders, da war die
Stickerei Triump und die Unternehmer erzielten gute Gewinne, für
die Arbeiterschaft fielen nur spärliche Profite ab. Die Tariflöhne
wurden so niedrig gehalten, daß die Unternehmer beim besten Willen
nicht imstande waren, diese Löhne in der jetzigen schlechten Zeit zu
füllen. Aber sie wollten doch auch auf Kosten der Arbeiterschaft
einen kleinen Reibach machen und kündigten den Manteltarif, um
die Ferien gänzlich zu befeitigen. Der Deutsche Textilarbeiterverband
erhob hiergegen natürlich Einspruch und es kam zur Verhandlung
vor dem Schlichtungsausschuß, in der folgender Vergleich geschlossen
wurde:

Berlin, den 16. April 1926.

Der bisherige Manteltarif wird mit folgender Abänderung bis
zum 30. September 1926 verlängert.

Im § 15 wird Absatz 3 gestrichen. (Er lautet: Kommt auch hier
eine Einigung nicht zustande, so ist der Schlichtungsausschuß für
Groß-Berlin anzurufen, der dann unter Leitung eines unpartei-
schen Vorsitzenden endgültig zu entscheiden hat. Dieser Ent-
scheidung haben sich beide Parteien zu fügen.)
Außerdem wird zum § 13 als tarifliche Vereinbarung folgende
Protokollnotiz festgelegt:

Mit Rücksicht auf die katastrophale Lage der Branche werden
Vereinbarungen zwischen dem einzelnen Arbeitgeber und seinen
Arbeitern über eine anderweitige Regelung der Ferien für zulässig
erklärt.

Kommt zwischen dem Arbeitgeber und dem einzelnen Arbeiter
über die Regelung der Ferien eine Verständigung nicht zustande,
entscheidet die im § 15 des Manteltarifvertrages vorgegebene
Schlichtungskommission endgültig.

Die Kollegenschaft der Stickereibranche wird ersucht, vor jeder
Urlaubsregelung Rücksprache mit der Verbandsleitung zu nehmen.

Jung die besten Wünsche zum ferneren Gelingen der Filiale.
Nachdem der Kollege Hahn als Vertreter des Ortsausschusses des
ADGB die Glückwünsche der übrigen freien Gewerkschaften über-
mittelt hatte, war der offizielle Teil des Festes abgeschlossen, und
der Tanz begann. Erst in den frühen Morgenstunden konnte man
sich von der Stätte trennen, wo man unvergeßlich schöne Stunden
verlebt hatte.

Literatur.

„Krausenwelt“, Heft 12, ist soeben erschienen. Wir führen aus dem Inhalt
an: Marie Gärder, „Am den Weltfrieden“, Beria Seigler, „Der Machen“
(Roman); Riel. Vellen, „Aus der guten alten Zeit“, Beria Duenning, „Vogel-
schilling“, Bennig Schwaninger, „Wie man Kinder zu Materialien erzieht“, Die
Sprechstunde und Wadenkauer der „Krausenwelt“. Jedes Heft kostet 30 Pf.,
mit Schlußnummern 10 Pf. mehr. Zu beziehen durch jede Postanstalt, in
allen Buchhandlungen oder direkt vom Verlag J. S. B. Dieckhoff, in
Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Das neue Reichsbanner-Liederbuch, ein schönes, achtzig Seiten starkes Bänd-
chen, in den Farben der Republik mit alten und neuen republikanischen Lied-
ern und Kampfliedern. Im Auftrag des Bundesvorstandes des Reichsbanners
Schwarz-Rot-Gold wurde es vom Verlag J. S. B. Dieckhoff, Berlin, heraus-
gegeben. Neben den vierzehn Jahren von Herwegh, Freiligrath und
Hoffmann von Fallersleben stehen neben neueren von Leiffen, Bräger u. a.
Aber auch solche Volkslieder haben ihren Platz gefunden. Alle Texte sind
mit Noten versehen. Das neue Reichsbanner-Liederbuch sollte bei keinem
Republikaner fehlen. Preis 80 Pf. zu haben in jeder Volksbuchhandlung und
bei allen Reichsbannergruppen.

„Männerklub vor Rüstendrohen“ heißt die Denkschrift, unter der
die neue Nr. 24 erschienen ist. Die unveränderten Forderungen der FÜRSTEN
und der Volksentscheid liefern reiches Material zu trefflicherem politischem Wirk-
Die neue Nummer ist deshalb eine gute Waffe für das Volksgeschicht über die
FÜRSTEN. „Männerklub“ kostet nur 25 Pf. und ist in jeder Volksbuchhandlung,
bei allen Postanstalten oder direkt beim Verlag J. S. B. Dieckhoff, Berlin SW 68,
zu beziehen.

Das Sowjetbuch. Ein schneller Ratgeber der Hilfslieferung in Unglücks-
fällen. Von Dr. H. Raur. Bearbeitet von Obermedizinalrat Dr. Schlichter,
Oberbaurat. Mit 41 Abbildungen. 8 bis 80 Auflagen. 88 bis 480 Text- und
Einzelpreis 60 Pf., bei Mehrabnahmen ermäßigte Partierpreise. Praktische Ver-
lagsbuchhandlung, Stuttgart.

Leben und Gesundheit eines Berufstätigen hängen oftmals von der ersten
Hilfe ab, die ihm bis zum Eintreffen des Arztes geleistet wird. Ein wichtiger
Ratgeber dazu ist dieses Sowjetbuch. Es enthält sich durch klare
Sprache, anschauliche ärztliche Unterweisung und große Uebersichtlichkeit aus.
Die Anordnung ist original und praktisch getroffen. Schickt man das Buch
in der Mitte auf, so findet man auf den ersten Blick das gesuchte Schlag-
wort und die dazu gehörige Anweisung. Die außerordentlich weite Verbreitung
in mehr als 400 000 Stück spricht für seine Zweckmäßigkeit. Ueberall, wo
Unglücksfälle vorkommen können, sollte das Sowjetbuch stehen vorhanden sein.

Der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands und sein
sozialer Wirken. Der Verband hat zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen eine
46 Seiten starke Denkschrift herausgegeben, in welcher das soziale Wirken des
Verbandes von Anfang seiner Tätigkeit bis zur Gegenwart geschildert wird.
Neben dem Gesagten auf tariflichem Gebiet, also der Haupttätigkeit des Ver-
bandes, sind noch die Aufgaben und Erfolge der einzelnen Unterabteilungen
eingezeichnet und dabei die besten Verhältnisse den
Kollegen gegenübergestellt.

Wir erfahren da u. a., daß der Verband d. B. auf tariflichem Gebiet sehr gute
Erfolge zu verzeichnen hat, indem gegenwärtig durch 60 Tarife für rund
100 000 Berufsangehörige gleich 80 Proz. der Inanspruchnahme der Papierverarbei-
tungen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt sind. Davon
entfallen allein auf die vier größten Reichstarife 77 000 Beschäftigte.
Von den sonstigen Leistungen sei noch erwähnt, daß der Verband von 1207 bis
1925 rund 120 000 Arbeitslosen für 3½ Millionen Tage Arbeitsunterstützung
leistete. Arbeitsunterstützung erhielten 105 000 Mitglieder für rund 8 Millionen
Tage und wenn man als ein weiteres Beispiel noch anführt, daß der Verband
gegenwärtig 480 Pf. pro Jahr Arbeitsunterstützung für die ganze Zeit der
Inaktivität an invalide Kollegen leistet, dann erkennt man aus den wenigen
Zahlen bereits das segensreiche Wirken der Gewerkschaften. Aber besonders
auch denen, welche in den Unterabteilungen eine Gefahr für die Ver-
sicherung der Gewerkschaften erblicken, kann das Studium dieser typographisch
einwandfreien Broschüre nur dringend empfohlen werden.
In dem sehr geschmackvoll ausgestatteten Heft, welches in der Buchdruckerei
des Verbandes der Buchbinder hergestellt ist, sind in dem Text Ab-
bildungen der auf der Gesellschaft ausgestellten Bilder wiedergegeben, durch welche
das soziale Wirken des Verbandes hert zur Anschauung gebracht wird. Inter-
essanten erhalten die Broschüre zum Verband bereitwillig zugestanden.

Multifarbene Reichsbannerzeitung. Aus Anlaß der Oberösterreichischen Erzie-
rungsfeier ist die neue Nummer 24 Oberösterreichs gewidmet. Eine Reihe gut
illustrierter Aufsätze bringen uns die schwergewichtige Provinz nahe; ihre poli-
tische Entwicklung, Landwirtschaft, Städtebilder, Industrie und Bergbau finden
ausführliche Würdigung. In der neuen Nummer, die noch viele andere sehr
bedeutende Aufsätze enthält, beginnt auch der neue Roman „Der Mann
im Spiegel“ von Friedrich Serni. Die 33. Heftet pro Nummer 20 Pf. und
ist durch alle Reichsbannergruppen, Buchhandlungen und Postanstalten zu
beziehen.

Die Gemeinde. Die für alle sozialdemokratischen Gemeindevorsteher un-
entbehrliche Fachmonatschrift „Die Gemeinde“ enthält in ihrem neuen Heft 11
u. a. folgende Aufsätze: F. H. Grobel, Stadtkantien; Reg. Rat Otto Wöhrle,
Erbau- und Erbpacht-Helmstätten; Bürgermeister Herrmann Bindemann, Die
Gehilfenfrage der kleinsten Fußbetriebe; W. Schreiber, Das Selbstverwal-
tungsrecht der Gemeinden; Kreisamtsdirektor Dr. Angerer, Veränderung
der preussischen Ausübungsgewerbesteuer zur Einkommensteuer. Zukun-
dem bringt die „Gemeinde“ noch eine große Zahl Artikel und Nachrichten aus
Städtern und Gemeinden. Die „Gemeinde“ kostet monatlich 60 Pf., erscheint
am 1. und 15. jeden Monats und kann bezogen werden durch alle Post-
anstalten und Buchhandlungen oder direkt unter Kreuzband vom Verlag
J. S. B. Dieckhoff, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Der Blod der 20 Millionen!

Die Wissenschaft hat berechnet:
Die Gesamtzahl der erwerbstätigen Arbeiter in
Deutschland beträgt:

In der Landwirtschaft	3,9 Millionen
In der Industrie	10,7 Millionen
In Handel und Verkehr	2,5 Millionen
In öffentlich-dienstlichen Berufen	1,0 Millionen
Berufslose	0,200 000
Dienstboten	1,550 000
Insgesamt	19,850 000

Arbeiter! Das ist eure Macht! Ohne die be-
trogenen Sparrer und Rentner, die Kleinbauern,
die Handwerker, die Millionen von Angestellten.
Schon eure 20 Millionen Stimmen allein machen
die Färstenabfindung zuschauend! Mann für
Mann zur Urne.

Auf zum Volksentscheid!
Sonntag, den 20. Juni

Gronau i. W. Ein schwerer Verlust. Am Pfingstsonntag
verschied in der Unterärztstanz in Münster die Kollegin Fran-
ziska Wachte im Alter von 38 Jahren. Eine schwere Nieren-
erkrankung raffte sie leider zu früh von der Seite ihres Mannes
und ihrer Kolleginnen und Kollegen. Franziska Wachte hatte schon
früh die Notwendigkeit der modernen Arbeiterbewegung erkannt.
Bereits 1906 trat sie im Alter von 18 Jahren in Oesterreich der
Lion der Textilarbeiter bei. In bewegten Zeiten hat sie an der
Seite ihres Gatten, unseres jetzigen Geschäftsführers Konrad Wachte,
der Organisation die Treue gehalten. Sie war nicht nur eine treu-
ergebende Frau und Mutter, sondern auch eine tapigere Mitkämpferin.
Das Wort „Solidarität“ war ihr kein leeres Wort, sondern etwas
Lebendiges. Das brachte sie ihren Kolleginnen und Kollegen, be-
sonders an ihrer letzten Wirkungsstätte, in Gronau, wo sie 1920
an der Seite ihres Mannes übersiedelte, zum Ausdruck. — Die
Heimgangene wurde am 27. Mai in Münster zur letzten Ruhe
beigebettet. Mit roten Bannern — im schwarzen Münster — gaben
ihre Gewerkschaften, Partei und Jugend das Geleit. Die leider viel
zu früh Verstorbene soll uns in teurem Andenken bleiben.

Neugersdorf. 30jähriges Stiftungsfest. Am Sonn-
abend, den 5. Juni 1926, feierte die Bezirksfiliale Neugersdorf des
Deutschen Textilarbeiterverbandes ihr 30jähriges Stiftungsfest, ver-
bunden mit einer Ehrung der Verbandsjubilare. Ein wolkenbruch-
artiger Regen, welcher fast den ganzen Tag anhielt, trug leider dazu
bei, daß der Besuch ein nicht guter war. Trotzdem wird die ver-
hältnismäßig kleine Zahl der Teilnehmer mit Freuden der Stunden
gedenken, welche sie im Kreise Gleichgesinnter verlebte hat.

Nachdem einleitend einige Musikstücke zu Gehör gebracht wurden,
begrüßte der Kollege Richter die Festteilnehmer im Namen der
Filialverwaltung. Er gab bekannt, daß die ehemaligen Angestellten
der Filiale, die Kollegen Liebig-Stuttgart, Hübner-Crimmichau und
Dahmann-Neumünster, telegraphisch und brieflich die besten Wünsche
übermittelt hatten, was mit dankendem Beifall aufgenommen wurde.
Die Festrede hielt der Gauleiter Kollege Gustav Z w a h r. Wohl
kein anderer Redner hätte die Entwicklung der Filiale so wieder-
geben können, wie er, denn als Neugersdorfer Kind hat er den
Werdegang der Filiale von den kleinsten Anfängen miterlebt und
außerdem als Funktionär und Angestellter des Verbandes zu dem
jetzigen Stand mit beigetragen. Seine Wünsche und Dankesworte,
welche er an die Jubilare richtete, fanden den ehrlichen Beifall aller
Festteilnehmer.

Nachdem der Gesangverein in hochherziger Weise einige Lieder
zum Vortrag gebracht hatte, konnte man zum wichtigsten Teil des
Abends, zur Ehrung der Jubilare, übergehen. Hierbei hielt der
Vorsitzende der Filiale, Kollege Max G o c h t, die Ansprache, und
er konnte 40 Kollegen und 6 Kolleginnen das Ehren Diplom des
Verbandes überreichen. 25 und mehr Jahre haben die Kollegen
und Kolleginnen dem Verbands die Treue gehalten, gewiß ein
schönes Zeichen, welches der Jugend zum Ansporn dienen möge.
Ein besonderes Ereignis war es auch, daß sich unter den Jubilaren
drei Angestellte der Filiale befanden. Dieses sind die Kollegen
Richter, Rentner und Hellfricht. Erfreut sprach auch im Namen
der Jubilare den Dank aus und gelobte dem Verband weitere Treue.
Im Namen des Hauptvorstandes übermittelte der Kollege Paul

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 20. Juni, ist der Beitrag für die 25. Woche fällig

Adressenänderungen.	Totenliste.
Gau Dresden. Kleinobers- dorf. V und K: Martin Bem- mann. Nr. 13.	Gestorbene Mitglieder. Berlin. Rudolf Frese, Marie Kaifer. Pulsnitz. W. Alwin Hartmann. Zernsdorf. Wilhelm Krüger. Weida. Gustav Siegel. Ehre ihrem Andenken!
Gau Schlesien. Wüstegiers- dorf. K: H. Herrmann. Nr. 170.	

Ein Buch für Weber, Wertmeister, Betriebsleiter und namentlich
solche, die es werden wollen, von Dr.-Ing. P. Leis. geb 4,80 Mark.

Die Weberei.
Von Prof. Ernst Gräbner.

1. Teil: Die textilen Rohmaterialien. 2. Teil: Garnberechnungen
(Fachrechnen). 3. Teil: Fadenverletzungen (Bindungstechnik).
4. Teil: Die Vorbereitung der Ketten- und Schußgarne. 5. Teil:
Das Weben und die Vorbereitungen dazu.
Mit 505 Abbildungen im Text und 5 Tafeln. Ganzleinen 9,65 Mark.

Mechanische Webereipraxis
sowie Garnnumerierungen und Garnrechnungen
von Anton Bruner.
Ein Hilfs- und Lehrbuch für Webeschüler sowie zum Selbstunterricht.
Ganzleinen 4,— Mark.

Der Webmeister für mechanische Weberei
Von Franz Kraus.
1. Teil: Einfacher schmaler Webstuhl, mit 58 Figuren im Text.
2. Teil: Die schmalen Webstühle, mit 25 Figuren im Text. 3. Teil:
Die Schaft- und Jacquardmaschinen, mit 100 Figuren im Text.
Alle drei Teile 5,30 Mark.

Handbuch für Musterzeichner der Textil-Kunstindustrie
von Lord-Vieh.
Ein ins Deutsche überjehes Lehrbuch mit 127 Abbildungen.
Ganzleinen 6,— Mark.
Zu beziehen durch:

Textil-Praxis, Verlagsgesellschaft m. b. H., Hdt. Buchhandlung
Berlin D. 84, Remeler Straße 8/9.

Verlag: Karl Dietrich in Berlin, Remeler Str. 8/9 — Verantwortlicher Redakteur
Dr. Kurt Schmann in Berlin — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlags-
anstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.